

  
**RECHNUNGSHOF**  
DAMPFSCHIFFSTRASSE 2  
1033 Wien — Postfach 240

Z1 1748-01/85

An das  
Präsidium des  
Nationalrates

Parlamentsgebäude  
1010 W i e n

Betrifft <b>GESETZENTWURF</b>	
Zl. <u>36</u>	GE/9 <u>85</u>
Datum:	2. JULI 1985
Verteilt	<u>37.85</u> <i>Phöbe</i>
<i>L. Höner</i>	

In der Anlage beehrt sich der Rechnungshof 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die Organisation der Akademie der bildenden Künste in Wien zu übermitteln.

Anlage

1985 06 27

Der Präsident:  
Broesigke

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:  
*hark*



**RECHNUNGSHOF**

3, DAMPFSCIFFSTRASSE 2  
1033 Wien — Postfach 240

Z1 1748-01/85

Entwurf eines BG über  
die Organisation der Aka-  
demie der bildenden Künste  
in Wien; Begutachtungs-  
verfahren — Stellungnahme

An das  
Bundesministerium für  
Wissenschaft und Forschung

Minoritenplatz 5  
1014    W i e n

Der RH bestätigt den Erhalt des mit do Schreiben vom  
22. April 1985, GZ 59.006/1-18/85, übermittelten  
Gesetzesentwurfes und teilt hiezu mit:

Zum § 16 Abs 1:

Es erscheint zweckmäßig, die Einladung von Gastprofesso-  
ren zeitlich — etwa "nicht länger als 2 Jahre" — zu  
begrenzen, um einerseits eine Fluktuation bei den  
Gastprofessoren sicherzustellen und andererseits  
jeden Eindruck zu vermeiden, daß die Eingeladenen  
ein Recht auf eine ständige Beschäftigung als Gastpro-  
fessor hätten.

Zum § 24 Abs 2:

Im Hinblick darauf, daß für Studierende als Studien-  
assistenten nur eine Teilbeschäftigung in Betracht  
kommt, sollte diese auch auf das Höchstausmaß von  
20 Wochenstunden begrenzt werden.

- 2 -

Zum § 39 Abs 7:

Wenngleich in den Erläuterungen auf die Schwierigkeiten, die mit der Wahl des Rektors verbunden sind, hingewiesen wird, weil vom Kollegium jeweils nur ein relativ kleiner Kreis von Professoren in die engere Wahl gezogen wird, so sollte doch wie im UOG die Funktionsperiode des Rektors begrenzt werden. Gemäß § 39 Abs 6 ist der Gewählte grundsätzlich zur Annahme der Wahl verpflichtet.

Die Einschränkung, daß der Gewählte in seiner Person gelegene Gründe geltend machen kann, die die Annahme der Funktion nicht zumutbar erscheinen lassen, wird wohl nicht auf alle in Betracht kommenden Professoren zutreffen.

Zum § 39 Abs 12:

Hinsichtlich der Gewährung von Forschungssemestern wäre klarzustellen, daß nach Ausübung der Funktion des Rektors durch zwei oder mehr Funktionsperioden hindurch nicht mehr Anspruch als auf zwei Forschungssemester besteht. Dadurch wäre eine Auslegung dahingehend zu vermeiden, daß nach drei Funktionsperioden der Anspruch auf drei Forschungssemester behauptet wird.

Zum § 50:

Es erscheint zweckmäßig, im Hinblick auf die stark aufgewertete Stellung der Akademiedirektion und deren Leiter eine Stellvertretung des Akademiedirektors vorzusehen und zu regeln.

1985 06 27

Der Präsident:

Broesigke

Für die Richtigkeit  
der Aufzeichnung:  
*Wack*